

Antrag L1: Für Frieden, Demokratie, Wohlstand und Verantwortung - Mecklenburg-Vorpommern nach der Zeitenwende

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	10. Sonstige

Der 24.02.2022 markiert einen schicksalhaften Tag in der Geschichte der Ukraine, Europas und der Welt. Russlands Invasion stellt gewohnte Bilder auf die Probe. Sie ist ein Angriff auf die Freiheit, die Demokratie und auf die Souveränität der Ukraine. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern verurteilt mit aller Schärfe den Einmarsch von russischen Truppen in die Ukraine, die Verletzung der territorialen Integrität und die abscheulichen Kriegsverbrechen in Bucha, Mariupol und anderen Teilen der Ukraine.

Für uns ist klar: Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Der Aggressor dieses Krieges ist die Regierung Russlands und die oligarchischen Strukturen von Putins Machtclique. Wir fordern daher gemeinsam mit unseren Partnern die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und ein Ende dieses Krieges, bei dem jeden Tag Menschen ihr Leben verlieren.

Für Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern bringt der Krieg eine Zeitenwende mit sich. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise, die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, Diskussionen zum Zustand der Bundeswehr und die politische Irrfahrt der rot-roten Landesregierung prägen das Bild, das uns derzeit begegnet. Der Krieg Russlands in der Ukraine bedarf einer starken Antwort. Falsche Scheu und irritierende Aussagen werden von unseren Partnern in Europa skeptisch aufgefasst. Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland müssen geschlossen handeln.

- **Machen wir Energie wieder bezahlbar**

Putins Krieg ist einer von vielen Gründen für die weltweit steigenden Energiepreise. Auch die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns spüren dies in ihrem täglichen Leben. Daher sind Anstrengungen für einen finanziellen Ausgleich insbesondere finanziell schwacher Bevölkerungsgruppen sehr zu begrüßen. Hauptaugenmerk muss aber auf einer dauerhaften Anpassung der Energiegewinnung zu marktgerechten Preisen sowie eine Diversifizierung der Energieimporte sein. Dabei war schon immer klar, dass eine einseitige Ausrichtung wie im Fall der Gasimporte aus der Russischen Föderation nicht nur unserer wertegeleiteten Außen-, sondern auch einer rationalen staatsökonomischen Energiepolitik widersprechen. kommt. Auch andere unnötige Abgaben werden wir überarbeiten. Ferner werden wir uns für eine unbürokratische Wirtschaftspolitik einsetzen. Eine einseitige Ausrichtung wie im Fall der Gasimporte aus der Russischen Föderation widersprechen nicht nur unserer wertegeleiteten Außen-, sondern auch einer rationalen staatsökonomischen Energiepolitik.

Fest steht für uns: Die Energiepreise müssen wieder sinken. Insbesondere bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, dem Land, in dem die Energiepreise auch vor dem massiven Anstieg

deutschlandweit am höchsten waren. Unser Ziel ist es, nach der Abschaffung der EEG-Umlage im Sommer, dort die geringsten Strom- und Energiepreise zu haben, wo lokal auch Strom und Energie erzeugt werden.

Den Ausbau erneuerbarer Energien in Mecklenburg-Vorpommern und das 2%-Ziel der Bundesregierung unterstützen wir.

Bei der Neuausrichtung der Energiepolitik kommt Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung zu. Wir betrachten die Energiepolitik ganzheitlich aus Import, Produktion und Verbrauch. In allen Themen braucht es eine gemeinsame Anstrengung, um eine Transformation sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu gestalten.

Für den Energieimport kommt nach der Einstellung des von Russland finanzierten Projekts Nord Stream 2 unseren Häfen herausragende Bedeutung zu. Daher fordert die FDP Mecklenburg-Vorpommern den Ausbau des Hafens Rostock zu unserem Energiehafen in Mecklenburg-Vorpommern. Mit beschleunigten Planungsverfahren soll die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens im Vergleich zu anderen Projekten im Ostseeraum sichergestellt werden. So befürworten wir den raschen Bau eines bereits genehmigten LNG-Terminals sowie der Bereitstellung eines schwimmenden LNG-Terminals. LNG trägt als Brückentechnologie auf dem Weg zur Klimaneutralität zu einer deutlichen Emissionsreduzierung bei, gerade in der Schifffahrt. Auch Anlagen für den Import von grünem Ammoniak müssen geprüft werden. Dabei streben wir gemeinsam mit unseren Partnern in den anderen Küstenbundesländern und der Bundesregierung eine gemeinsame Energieimportstrategie in unseren Häfen an Ost- und Nordsee an.

Der Energiestandort Lubmin muss in einer landesweiten Strategie ebenfalls eine herausragende Bedeutung erhalten. Mit den Pipelineanschlüssen, Starkstromtrassen, der Anlandung von Offshore Strom aus den Ostsee Windparks Wikinger und Arkona sowie Hafen und Schienenanbindung bietet der Standort ideale Vorteile für weitere Energieprojekte in MV.

Bei der Energieproduktion benötigen wir eine Aktualisierung unseres Bildes. Auch fossile Energieträger wie Gas sind für uns ein wichtiger Energieträger in der aktuellen Versorgungssicherheit. Dabei dürfen wir nicht wie andere eine lokale Produktion ausschließen, sondern auch hier in Mecklenburg-Vorpommern entsprechende Vorhaben zur Prüfung freigeben. Wir sprechen uns dafür aus, dass lokale Produktionen geprüft und bei positivem Prüfergebnis auch genehmigt werden, sofern ein privatwirtschaftliches Unternehmen oder eine öffentlich-private Partnerschaft die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt.

- **Stärken wir unsere Sicherheit**

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern unterstützt das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr. Angesichts des gebrochenen Friedens in Osteuropa, ist die Investition und Modernisierung in unsere Verteidigung obligatorisch, da diese in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt wurde. Unsere internationalen Partner in Europa und der Welt erwarten einen deutschen Beitrag zur Sicherheit und wir setzen uns dafür ein.

Für Mecklenburg-Vorpommern hat die Bundeswehr eine besondere Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um die zahlreichen Standorte der Bundeswehr in unserem Land, sondern auch um unsere Industrie und insbesondere um unsere Werften. Dem Engagement der Bundeswehr mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommerns Werften stehen wir offen gegenüber. Das gilt sowohl für die Marine als auch für die Privatwirtschaft. Im Zuge der Aufsetzung des Sondervermögens ist unser

Bestreben, dass das Knowhow der Arbeitskräfte in unserem Land für die Modernisierung und Anschaffung eingesetzt wird.

Die Gefahr von Hackerangriffen auf kritische Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen in unserem Land steigt stetig. Wir müssen daher dafür sorgen, dass die Informationstechnik in dem Maße ertüchtigt wird, dass die kritische Infrastruktur und unsere Verwaltung ausreichend geschützt sind. Hier streben wir die Einführung eines landesspezifischen IT-Sicherheitsgesetzes an, welches die Standards der IT-Sicherheit für alle Landesbehörden und Kommunen verbindlich festlegt.

- **Sichern wir die Ernährungsgrundlage**

Der Krieg in der Ukraine und die Politik von wirtschaftsstarken Nationen wirken sich erheblich auf den Agrar- und Ernährungssektor aus. Durch steigende Weltmarktpreise für Produktionsmittel und Agrarrohstoffe nehmen die Versorgungsprobleme in Entwicklungs- und Schwellenländern massiv zu. Deutschland und die EU müssen als wichtige Akteure auf den Weltagrarmärkten und eine der weltweiten Gunststandorte für die Agrarproduktion ihre Beiträge zur weltweiten Ernährungssicherheit stärken. Bei allen agrarpolitischen Entscheidungen gilt es, ihre Auswirkung auf die Ernährungssicherheit mit zu bedenken. Die landwirtschaftliche Produktion muss hierzulande nachhaltig intensiviert und mit verlässlichen Rahmenbedingungen ausgestattet werden. Der Einsatz moderner Technologien im Pflanzenschutz und in der Pflanzenzüchtung, modernste und digitale Technik sind wichtige Instrumente, um sichere Lebensmittel in ausreichender Menge zu erzeugen. Dies stärkt die Agrarmärkte, sichert die Versorgung für mehr Menschen und schützt die Umwelt.

- **Fördern wir den Handel**

Die Konzentration auf die Außenhandelsbeziehungen zu Russland war und ist ein Fehler der Landesregierung, die Mecklenburg-Vorpommern nicht nur teuer zu stehen bekommt, sondern auch international negativ aufgefasst wird. Die Nebenaußenpolitik der Schweriner Staatskanzlei muss ein Ende finden! Es muss das gemeinsame Ziel sein, die bereits bestehenden Außenhandelsbeziehungen mit Polen, den baltischen Staaten, den Ostseerainern und zu weiteren Wirtschaftsregionen in der Welt zu intensivieren. Dazu fordern wir, diese Leitung aus der Staatskanzlei wieder in das Wirtschaftsministerium zu verlegen.

Zudem fordern wir die Intensivierung der Kontakte mit verlässlichen internationalen Partnern. Dazu gehören intensive Beziehungen zu den USA, ein Start-Up-Partnerschaftsabkommen mit Israel und das Sondieren weiterer Möglichkeiten. Außerdem unterstützen wir den Abschluss neuer Freihandelsabkommen durch die Bundesregierung und die Europäische Union.

Mecklenburg-Vorpommern wird einen langen Weg beschreiten müssen, um für internationale Investoren und Ansiedlungen wieder zu einem attraktiven Ziel zu werden. Restriktive Bürokratie und investorenfeindliche Umgebungen müssen daher spätestens jetzt ein Ende finden.

- **Zeigen wir Solidarität**

Geflüchtete und Vertriebene aus der Ukraine und aus Drittstaaten, die sich in der Ukraine befanden, sind bei uns herzlich Willkommen. Wir begrüßen die Schritte der Bundesregierung sämtliche Möglichkeiten für eine schnelle Registrierung und der Integration. Es gilt nun, eine zügige Integration der Ukrainerinnen und Ukrainern mit allen Strukturen auf Bundes- bis hin zur Kommunalebene aufzubauen. Die gemeinsamen Anstrengungen aller, sowohl der Politik und auch

den vielen Ehrenamtlichen, möchten wir außerordentlich herausheben. Es ist eine gemeinsame Kraftleistung, die eine gelungene Integration gewährleisten soll.

Die Isolation von Putins Machstruktur, darf mit der gegenwärtig betriebenen Politik und Aggression, nicht auf unsere russischen Mitbürger in Mecklenburg-Vorpommern zurückfallen. Anfeindungen und Ausgrenzungen gegenüber der russischen Bevölkerung verurteilen wir.

Wir müssen vor Ort Hilfe leisten: Die Kommunen müssen bei den Aufgaben der Unterbringung und Integration gegebenenfalls durch das Land finanziell unterstützt werden. Das Land muss eventuelle Mehrbelastungen im Zuge des Krieges in der Ukraine im Haushalt berücksichtigen.

- **Helpen wir der Ukraine. Sorgen wir für Aufklärung.**

Auf den Krieg in der Ukraine folgten konsequenterweise Sanktionen und Ausschlüsse aus unterschiedlichen Gremien gegen die Russische Föderation.

Wichtiger als die wirtschaftliche Isolation Russlands ist die politische, die wir vorantreiben müssen. Durch den Krieg ist Russland kein Partner für Europa. Diese Erkenntnis hätte bereits 2014, nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim reifen müssen. Dennoch hielten und halten viele Menschen in unserem Land an Putins Machtclique und Propaganda fest.

Der Untersuchungsausschuss zur sogenannten „Klimastiftung“ im Landtag Mecklenburg-Vorpommern muss Aufklärung bringen. Er muss durchleuchten und nicht durch eine Wagenburg-Mentalität der SPD behindert werden. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben Transparenz verdient. Diese kann der Ausschuss liefern.

Das Ansehen unseres Bundeslandes hat in den vergangenen Wochen durch die Haltung der Landesregierung starken Schaden genommen. Die FDP hat eine klare Erwartungshaltung: Die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV muss aufgelöst werden. Von der Ministerpräsidentin Schwesig, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Sellering und der gesamten Landesregierung erwarten eine aktive Beteiligung an der Aufklärung aller deutsch-russischen Verstrickungen im Land.

Die Ukraine braucht aber auch unsere konkrete Hilfe: Wir unterstützen daher die Lieferung von schweren Waffensystemen und Munition an die Ukraine. Finanzielle Unterstützung für humanitäre Zwecke ist ein weiterer Beitrag, den wir in Mecklenburg-Vorpommern leisten sollten. Es muss ebenfalls geprüft werden, ob Mittel der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV für die Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer genutzt werden können.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A9: Schwimmendes LNG-Terminal (Floating LNG Storage Units) in den Hafen Rostock holen

Antragsteller*in:	KV Nordvorpommern (Kreisverband)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	3. Wirtschaft

Die Bedeutung von LNG wird im Zuge der Abkehr von russischen Energieimporten in der deutschen Energieversorgung zunehmen. Der Bund wird hierfür mehrere feste Gas-Terminals auf den Weg bringen. Ein Umstand, der besonders Standorte an der Nordsee wie Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Wilhelmshaven sowie Stade in Niedersachsen begünstigt, da diese von der Bundesregierung als mögliche Standorte gesehen werden. Die Abstimmung mit den jeweiligen Ebenen auf Bundes- und Landesebene sind dazu teilweise bereits fortgeschritten. Auch wenn die Initiativen in den westlichen Bundesländern für die maritime Wirtschaft, die Energiewende und die Wertschöpfung positive Effekte haben werden, sollten wir versuchen, auch an der Ostsee von der zunehmenden Bedeutung von LNG zu profitieren und möglichst in der Hafenanlage in Rostock ins LNG-Geschäft einzusteigen.

Während der Bau in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven mehrjährige Bauphasen bedeuten, müssen parallel auch kurzfristigere Lösungen verfolgt werden. Hier könnte Rostock eine Schlüsselrolle einnehmen. Denn eine kurzfristige Lösung liegt u. a. bei der Installation von schwimmenden Terminals (sogenannte Floating Storage and Regasification Units). Diese mobilen Anlagen könnten im Rostocker Hafen oder sogar vor die Küste Mecklenburgs-Vorpommern verlegt werden und damit schnell an bestehende Gasnetze und Pipelines abgeschlossen werden. Ein Riesenvorteil gegenüber den künftigen Projekten für die festen LNG-Terminals. Da es bei der Unabhängigkeit von Gas aus Russland schnell gehen muss, ist das als Zwischenschritt unabdingbar. Der Bund muss und wird die Finanzierung der FSRUs übernehmen, hierzu sind bereits alle notwendigen Schritte eingeleitet. Dabei darf es nicht dazu kommen, dass diese kurzfristige Lösung langfristig Geschäftskonzepte und Finanzierung fester Terminals konterkariert.

Wir fordern die Landesregierung daher auf:

- schnellstmöglich zu klären, ob und wann eine FSRU im Rostocker Hafen zur Verfügung stehen könnte;
- zu prüfen, welche regulatorischen Rahmenbedingungen auf Landesebene behandelt werden müssen, um die FSRU nach Rostock holen;
- zu klären, ob die Infrastruktur des Rostocker Hafens ausreicht, um den Prozess der tiefgekühlten Anlieferung durch die LNG-Tanker in die weitere Umwandlung zu flüssigen Gas vor Ort gegeben sind;
- den Bund schnellstmöglich dabei zu unterstützen, die FSRU in unserem Bundesland unterzubringen und alle notwendigen Genehmigungen von Landesbehörden in den nächsten 6 Monaten (vor der Heizperiode) zu erteilen;
- alle Hemmnisse zu beseitigen, um im Wettbewerb mit den anderen drei im Gespräch befindlichen Hafen-Standorten den Zuschlag zu bekommen;

- wenn es nötig ist, den Ausbau der Leitungskapazität von Güstrow nach Rostock zu unterstützen und voranzutreiben;
- langfristig ein festes Terminal für neue Energieformen von Wasserstoff zu etablieren.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A12: Schlachtung im gewohnten Umfeld ermöglichen: Weideschuss entbürokratisieren

Antragsteller*in:	LFA Landwirtschaft und Umwelt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	4. Landwirtschaft, Klima

Die Mutterkuhhaltung hat in Mecklenburg-Vorpommern eine große Bedeutung, genauso wie die Jagd. Das derzeit nicht ausreichende Vorhandensein von Schlachthöfen, zieht lange und für die Tiere sehr stressbelastete Fahrten nach sich. Außerdem hat das Einfangen, das Aufladen und der Transport sowohl für die Tiere als auch für die beteiligten Personen ein erhöhtes Verletzungsrisiko.

Der Weideschuss ist ein bislang nicht sehr oft genutztes Verfahren zur Schlachtung von Rindern, wobei das Rind in eine Anfütterungsbox mit Kugelfang gelockt wird, von einem Hochsitz aus in seinem gewohnten Umfeld mit einer Jagdwaffe, dem richtigen Kaliber, sowie einem Schalldämpfer betäubt wird und anschließend an Ort und Stelle ausblutet, wobei das Blut selbstverständlich aufgefangen wird. Es knallt dumpf, die Tiere schrecken mild auf, eines bricht zusammen, die anderen nehmen dies zur Kenntnis und fressen weiter. Innerhalb einer Stunde muss das Rind zu einem Metzger gefahren werden, weil das Fleisch sonst durch die Kontamination mit Verdauungsbakterien ungenießbar wird.

Allerdings wird der Weideschuss sehr selten praktiziert, da die Genehmigung mit einem hohen bürokratischen und mit Auflagen besetzten Aufwand verbunden sind.

Deshalb fordern wir:

- die Aufhebung des Zusatzes „die ganzjährig auf der Weide gehalten werden“ in der Tierschutzschlachtverordnung Schlussformel, Anlage 1, Satz 2.1.2.
- das regelmäßige Anbieten von Kursen zur Erlangung der nötigen Sachkunde im jeweiligen Bundesland
- die Vereinfachung der Dokumentationspflicht für jeden Schuss
- die Aufhebung der permanenten Anwesenheitspflicht eines Tierarztes, wobei die Anwesenheit bei den ersten Weideschüssen eines Betriebes auferlegt werden sollte bis der Tierarzt ermisst, dass sich eine sichere Routine des Vorgangs eingestellt hat
- im Falle des Innehabens der notwendigen Sachkunde von Seiten des Landwirts, darf dieser auch einen Jäger mit dem notwendigen „Erlaubnisschein“ (gem. §10, Abs. 5 des Waffengesetzes) und der notwendigen Ausrüstung zum Schuss beauftragen. Dennoch muss der Sachkundeeinhaber permanent anwesend sein

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A14: Bekenntnis zum Frieden in Europa – Liberale für eine wehrhafte Demokratie

Antragsteller*in:	KV Rostock
Status:	angenommen
Sachgebiet:	10. Sonstige

1. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu den Grundsätzen des Völkerrechts und verurteilt den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine.
2. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern wird sich mit allem Wirken dafür einsetzen, den Frieden in Europa dauerhaft zu sichern. Frieden und Freiheit bedingen einander. Nur im Frieden kann der Mensch wirklich frei sein. Aber nur ein Frieden in Freiheit ist auch ein wahrer Frieden. Deshalb müssen wir, die wir in Freiheit leben, dazu beitragen, dass die Voraussetzungen für Freiheit geschaffen und gesichert werden.
3. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern wird sich deswegen verstärkt auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Ziele mit den Mitteln der Demokratie erreicht werden. Dazu gehören sowohl das Bekenntnis zu einer gemeinsamen europäischen Armee wie auch die Bestrebungen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen bei der EU Erweiterung Vorsicht walten zu lassen um nicht in der gleichen Naivität welche wir Russland in den letzten Jahren gegenüber haben walten lassen die EU in seiner jetzigen Zusammensetzung weiter zu gefährden. Eine voreilige EU Erweiterung durch die Ukraine und die Aufnahme der Staaten des Westbalkans in Ihrer aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation lehnen wir, ohne vorherige strukturelle Reformen der EU ab.
4. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern sieht Gewalt und Krieg nicht als Mittel zur Lösung von Konflikten. Gleichzeitig muss eine Demokratie wehrhaft gegen Bedrohungen von außen sein. Die Aufgaben und die Funktion der Bundeswehr nach dem Grundgesetz dürfen nicht vernachlässigt werden. Sie wird sich daher sowohl dafür einsetzen, dass die Bundeswehr ihre Aufgaben erfüllen kann. Sie wird sich ferner dafür einsetzen, dass diejenigen, die im Ernstfall unser Land verteidigen müssen – die Soldatinnen und Soldaten – für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, diese schwerste aller Pflichten zu tragen, gesellschaftlich anerkannt werden und den Respekt erhalten, der ihnen gebührt.

Begründung

Wie Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.02.2022 richtig ausführte, markiert der Angriffskrieg auf die Ukraine eine Zeitenwende. Das macht es notwendig, sich mit den eigenen Grundsätzen, Positionen und Zielen zu befassen. Die individuelle Freiheit und der dafür notwendige Frieden waren immer das ausdrückliche Ziel liberalen Wirkens. Daran hat sich nichts geändert. Gleichwohl muss überdacht und formuliert werden, was das im Einzelnen bedeutet und wie wir unser politisches Handeln entsprechend justieren.

Mehr als sonst soll sich die FDP Mecklenburg-Vorpommern für den Frieden einsetzen. Der Blick in die Geschichte Europas nach dem letzten Weltkrieg zeigt, dass die Verfestigung der

diplomatischen Beziehung, die in den europäischen Verträgen gemündet ist, ein wesentlicher, wenn nicht der entscheidende Faktor für dauerhaften Frieden in Europa gewesen ist. Diese Bündnisse zu verstetigen, diese Verträge in eine

gemeinsame Verfassung zu überführen, ist ein Schritt, der eine weitere Garantie für den Frieden in Europa bietet. Dies und die Konsequenz, Rückstellungsgüter und Soldaten für die einer europäischen Verfassung unterstehenden europäischen Verteidigungsarmee ausschließlich bereitzustellen, verhindert effektiv kriegerische Auseinandersetzung der europäischen Partnerstaaten und schafft die Wehrfähigkeit gegen Bedrohungen von außen.

Derzeit übernimmt die Bundeswehr die Aufgaben der Landesverteidigung. Sie muss sachlich, strukturell und auch finanziell einerseits dazu in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. Auch, um unsere Pflichten gegenüber unseren NATO-Bündnispartnern zu erfüllen, die auf unsere Vertragstreue zu Recht vertrauen dürfen. Andererseits muss sich auch das Bild des Berufs „Soldat“ in der Bevölkerung ändern. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die sich verpflichten, ihr eigenes Leben für die Verteidigung unserer Freiheit aufs Spiel zu setzen und die sich verpflichten müssen, schlimmstenfalls auch andere Menschen zu töten, für diese schweren Opfer nicht nur kaum Anerkennung erhalten, sondern teilweise gar als Mörder diffamiert werden. Sich der Gefahr eines Krieges stellen zu müssen, sich selbst Lebensgefahren aussetzen zu müssen und selbst verpflichtet zu werden, eine so furchtbare Handlung begehen zu müssen, wie einen anderen Menschen zu töten – das sind schlimmste und schwerste Pflichten, die wir unseren Soldatinnen und Soldaten abverlangen, wenn sie unsere Freiheit verteidigen. Das Mindeste, was wir tun können, ist dem Soldatentum offen gegenüberzustehen und sich deutlich gegen unsachliche und diffamierende Äußerungen gegen Soldatinnen und Soldaten auszusprechen. Sowohl im Rahmen der politischen Arbeit, wie auch jede und jeder von uns im Alltag.

Antrag A15: Aufklärung zu Verflechtungen bzgl. Nord Stream 2

Antragsteller*in:	KV Rostock
Status:	angenommen
Sachgebiet:	3. Wirtschaft

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern wird sich weiterhin und noch stärker dafür einsetzen, dass lückenlos aufgeklärt wird, ob und wenn ja in welcher Form die Landesregierung verflochten ist, mit juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts, die – wie z.B. die geschaffene Klimastiftung in Bezug auf Nord Stream 2 – in Verbindung zu Russland oder anderen diktatorischen Staaten stehen. Gerade auch die persönliche Verflechtung der Ministerpräsidentin, wie auch ihres Amtsvorgängers, müssen geklärt und öffentlich gemacht werden. Es kann nicht sein, dass insbesondere die Ministerpräsidentin – möglicherweise – aufgrund persönlicher, intransparenter Kontakte zu Privatpersonen oder Unternehmen aus dem Ausland, die auf Bundesebene zu treffenden, außenpolitischen Zielstellungen der Bundesrepublik Deutschland konterkariert. Die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns müssen sicher sein können, welche Interessen hohe Amtsträger im Land verfolgen und wie sie tätig werden. Die laut Medienberichten intransparenten Treffen der Ministerpräsidentin gerade mit Vertretern der russischen Gasindustrie sind insofern ein nicht haltbares Problem fehlender Transparenz der Tätigkeiten von Amtsträgern, das zwingend und vollständig gelöst werden muss.

Die Ergebnisse der hiermit verlangten Aufklärungsbemühungen müssen genutzt werden, um in einem zweiten Schritt zu überprüfen, welche gesetzlichen Grundlagen möglicherweise anzupassen sind, um eine stärkere Kontrolle der Landesregierung durch Parlament, Medien und Öffentlichkeit gewährleisten zu können.

Etwaige Defizite, die sich aus dieser Überprüfung ergeben, müssen in einem dritten Schritt im demokratischen Prozess beseitigt werden.

Sollte sich bestärken, dass die Ministerpräsidentin oder andere hohe Mitglieder der Landesregierung oder Landesverwaltung gegen geltendes Recht verstoßen haben oder auch nur verstoßen haben können und an der Aufklärung hierzu nicht mitwirken, muss das Ziel der FDP Mecklenburg-Vorpommern sein, einen Rücktritt von oder eine Entfernung dieser Personen aus ihrem Amt zu erwirken.

Begründung

Aus Medienberichten ergeben sich Anhaltspunkte dafür, dass die Ministerpräsidentin Schwesig, wie auch Ex-Ministerpräsident SELLERING, in verschiedene, nicht transparente Gespräche im Kontext Nord Stream 2 und Klimaschutzstiftung verwickelt waren. Nicht transparent heißt, dass es für diese Gespräche in der Staatskanzlei keinerlei Dokumentation gab. Gerade, wenn die Landesregierung auf diesem Wege aber Fragen bearbeitet, die wegen ihrer außenpolitischen Wirkungen von erheblicher Bedeutung sind, muss sichergestellt sein, dass die Landesregierung in der Lage ist, ihren Auskunftspflichten gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit – vgl. Art.

39 der Landesverfassung – nachzukommen.

Dass die Ministerpräsidentin demgegenüber in dieser Form gänzlich undokumentierte Gespräche geführt hat und auch die Klimastiftung jegliche Auskünfte verweigert, sodass sich nicht aufklären lässt, in welcher Form hier überhaupt politisch agiert wurde, ist für schon für sich genommen ein schwerwiegendes Problem. Es wiegt im Kontext der russischen Aggressionen gegen Nachbarstaaten, im Kontext der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland durch gerade das Projekt Nord Stream 2 aber umso schwerer. Auch der Schaden für das Vertrauen in die Demokratie ist enorm. Letzteres insbesondere wegen der hartnäckigen Weigerung der beteiligten Akteure, Informationen preiszugeben.

Derartige Zustände sind nicht haltbar und dürfen sich nicht wiederholen. Mit den hier vorgeschlagenen drei Schritten soll versucht werden, sicherzustellen, dass das Regierungshandeln für die Legislative und die Bevölkerung überprüfbar bleibt und bei Fehlverhalten von Regierungsmitgliedern wirkungsvoll gegengesteuert werden kann.

Quellen:

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_91506762/schwesig-hat-ein-nord-stream-2-geheimnis-und-traf-sich-mit-schroeder.html

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_91670370/nord-stream-2-korruptionsbekaempfer-machen-manuela-schwesig-schwere-vorwuerfe.html

<https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/dubiose-verstrickungen-der-schwesigregierung-bei-nord-stream-2-2147191402>

Antrag A16: Ein Mahnmal für die Opfer des Sozialismus in M-V

Antragsteller*in:	KV Rostock
Status:	angenommen
Sachgebiet:	10. Sonstige

Die Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern setzen sich dafür ein, dass in Schwerin, in unmittelbarer Nähe zum Landtag und zur Staatskanzlei, an einem geeigneten Standort ein Mahnmal geschaffen wird, das den Opfern der sozialistischen Unrechtsdiktatur gedenkt und – ähnlich dem Holocaust-Mahnmal in der Nähe des Reichstagsgebäudes in Berlin – als Erinnerung und Warnung dienen soll.

Die künstlerische Gestaltung des Mahnmals soll durch einen Gestaltungswettbewerb bestimmt werden. Dem Mahnmal soll eine Tafel beigefügt werden, welche das Unrecht des DDR-Staates aufbereitet und dem Gedenken an die Opfer der Diktatur gerecht wird.

Begründung

Die Geschichte der DDR endete vor ca. 30 Jahren mit dem Zusammenbruch dieses menschenverachtenden, diktatorischen Unrechtsstaats. Seitdem hat es kaum eine Aufarbeitung der historischen Ereignisse gegeben, geschweige denn, dass der Geschichtsunterricht diesen Teil der Geschichte als Schwerpunktthema behandelt.

Zum Teil finden sich im Land auch noch Denkmäler aus dieser Zeit, nicht zuletzt die Lenin-Statue im Großen Dreesch in Schwerin, die nach langer politischer Diskussion immerhin eine erklärende Tafel erhielt, die Einzelheiten aus dem mörderischen Wirken Lenins beinhaltet.

Auch die ehemalige DDR, auch Mecklenburg-Vorpommern kennt die Verbrechen des Sozialismus. Glücklicherweise ist die DDR von Gräueltaten, wie dem Holodomor, verschont geblieben. Aber auch auf dem Gebiet der DDR ist die Liste des begangenen Unrechts lang: Grundlose Inhaftierungen, Ausspionieren der Bevölkerung, Zersetzung, Errichtung der Mauer, den tödlichen Schüssen auf sog. Republikflüchtlinge oder auch Einsperren und Folter der Bürgerinnen und Bürger – wenn sie den Konformitätszwängen des Systems nicht nachkamen – sind nur ein Kurzüberblick über das, was auf dem Gebiet der DDR teilweise Alltag war.

Dass eine ausreichende Aufklärung über die Verbrechen, die im Sozialismus begangen wurden, nicht stattgefunden hat, belegen die Aussagen deutscher Ministerpräsidenten, wonach die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Geschichtliche Aufklärung ist zwingend erforderlich. Verständnis der eigenen Geschichte ist das einzig wirksame Mittel, die Wiederholung der Geschichte zu verhindern.

Es gibt teilweise geschichtliche Aufklärung, etwa in der Dokumentations- und Gedenkstätte der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock oder dem Grenzturm in Kühlungsborn. Hierbei handelt es sich aber um Stätten, die abseits vom politischen Betrieb liegen und die zudem sehr spezielle und technische Gebiete des DDR-Unrechts

betreffen. Ein Mahnmal, das die Gesamtheit des Unrechts des Sozialismus auf deutschem Boden abdeckt, existiert bisher nicht. Eines solchen Mahnmals – in unmittelbarer Nähe zum politischen Entscheidungsprozess als Erinnerung und Mahnung – bedarf es in Mecklenburg-Vorpommern aber, weil der Sozialismus ein wichtiger Bestandteil unserer Geschichte ist, der sich nicht wiederholen darf.

Antrag A18: Digitalisierungsrendite – Vorteile erkennbar machen, neue Technologien nutzen!

Antragsteller*in:	Kreisverband Wismar
Status:	angenommen
Sachgebiet:	2. Digitales

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat für die Digitalisierung der Landesverwaltung Investitionen in Millionen Höhe getätigt. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen im Land erwarten zurecht, dass mit diesen Investitionen auch ein sichtbarer Digitalisierungsfortschritt einher geht. Die Wirksamkeit dieser Investitionen ist bislang jedoch nicht transparent erkennbar.

Wir Freie Demokraten fordern eine stärkere Ergebnisorientierung bei den Digitalisierungsvorhaben der Landesverwaltung. Es ist zwingend erforderlich, dass für zukünftige Digitalisierungsinitiativen konkrete, messbare Ziele definiert und Digitalisierungserfolge durch den Einsatz bedarfsgerechter Kennzahlen, wie beispielweise Prozesskosteneffizienz, Zeiteffizienz, Bürgerzufriedenheit oder Automatisierungsquote, transparent gemacht werden.

Die Digitalisierung der Landesverwaltung ist kein Selbstzweck, sondern die zwingende Reaktion auf den bevorstehenden Fachkräftemangel. Die Einführung elektronischer Akten sowie die Digitalisierung, Optimierung und Automatisierung von Standardprozessen sind ein wichtiger Schritt, um die notwendige Effizienzsteigerung in den Prozessen der Landesverwaltung zu realisieren.

Der Fokus zukünftiger Digitalisierungsmaßnahmen darf jedoch nicht ausschließlich auf einer rein technisch-orientierten Ebene bleiben. Die Landesverwaltung muss sich künftig stärker an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren und ihre Services kundenzentriert weiterentwickeln.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern braucht eine klare Vision für die digitale Zukunft der Landesverwaltung, untermauert durch konkrete kurz-, mittel- und langfristige Ziele und ergänzt um passende Kennzahlen, die eine nachhaltige Fortschrittmessung ermöglichen.

Das langfristige Ziel muss sein, dass die Landesverwaltung eine treibende Rolle beim Einsatz neuer Technologien, wie Künstliche Intelligenz, einnimmt sowie zukünftig ihrer Rolle als digitaler Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Land gerecht wird.

Begründung

Das unter anderem durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) festgelegte Ziel ist die Digitalisierung der Verwaltung. Im Rahmen der Digitalen Agenda 2018 hat sich das Land Mecklenburg-Vorpommern auf die wichtigen Ziele der Verwaltungsdigitalisierung verständigt. 2020 wurde dann die Bereitstellung von zusätzlichen 400 Millionen Euro aus dem Sondervermögen MV-Schutzfonds für eine beschleunigte Digitalisierung der Landesverwaltung beschlossen. Es ist an der Zeit, dass diese Investitionen sich auszahlen.

Die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen wird langfristig dazu beitragen, den Personalbedarf in der Verwaltung zu reduzieren. Erforderlich hierfür sind pauschalisierende digitale Verfahren, bei denen der Personaleinsatz ins Verhältnis passt. Insbesondere das sich im Bereich der KI bietende Potential ermöglicht es, Verwaltungsentscheidungen zu treffen. Voraussetzung hierfür ist, dass die existierenden Verwaltungsstrukturen nebst ihrer Organisationskultur sich einer entsprechenden Nutzung dieser Technologien öffnen. Derzeit steht bei vielen Verwaltungsverfahren der Bearbeitungsaufwand in keinem Verhältnis zum tatsächlichem Nutzen.

Die Landesregierung ist zudem gefordert über den eigenen Verantwortungsbereich hinaus, die kommunale Ebene bei der einheitlichen Strategie und Umsetzung zu unterstützen.

Antrag A23: Faxit - Fax-Ausstieg bis 2023

Antragsteller*in:	David Wulff (FDP KV Greifswald)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	2. Digitales

Wir Freie Demokraten fordern, dass Mecklenburg-Vorpommern zum 01.01.2025 die Nutzung von Faxgeräten in allen Behörden einstellt. Gleichzeitig fordern wir, dass von Landesseite die Bemühungen intensiviert werden, elektronische Kommunikation in und mit Behörden zu ermöglichen. Die gesetzlichen Grundlagen sind in weiten Teilen schon geschaffen, vgl. § 3a VwVfG M-V. Diese müssen endlich umgesetzt werden!

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A13: Landwirtschaftliche Familienbetriebe erhalten: Höfeordnung einführen

Antragsteller*in:	LFA Landwirtschaft und Umwelt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	4. Landwirtschaft, Klima

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich vielfältige landwirtschaftliche Besitzstrukturen etabliert. Von den rund 4500 Betrieben im Land (Stand 2020) sind rund 1000 Personengesellschaften, 800 juristische Personen, 1700 Einzelunternehmen im Nebenerwerb und 1300 Einzelunternehmen im Haupterwerb. Um den vielen Einzelunternehmen im Haupterwerb einen geschlossenen Generationsübergang zu ermöglichen, fordern wir die Einführung einer Höfeordnung in Mecklenburg-Vorpommern. Sinn und Zweck der Vererbung von landwirtschaftlichen Betrieben über die Höfeordnung ist der Erhalt einer funktionsfähigen, familiengeführten Landwirtschaft. Der durch die derzeitige gesetzliche Erbfolgeregelung verursachte Verkaufsdruck soll reduziert werden und die Betriebe sollen somit im generationsübergreifenden Besitz der Eigentümerfamilien bleiben.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat eine Ausarbeitung „Höferecht - Bundesrechtliche Vorgaben für entsprechende Regelungen der Länder“ (Aktenzeichen: WD 7 - 3000 - 034/18) mit Datum vom 12.03.2018 abgeschlossen, auf dessen Grundlage eine landesrechtliche Ausarbeitung der Höfeordnung möglich ist.

Die FDP MV fordert daher die Landesregierung auf, eine moderne Höfeordnung zu verfassen.

Begründung

erfolgt mündlich